

Freihandel oder Handlungsfreiheit für eine Landwirtschaft im Dienste der Umwelt : Teil 1

Autor(en): **Weizsäcker, Ernst von**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **45 (1990)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-892126>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Freihandel oder Handlungsfreiheit für eine Landwirtschaft im Dienste der Umwelt

Prof. Dr. Ernst von Weizsäcker

Institut für Europäische Umweltpolitik, Bonn/BRD

Teil 1

Eines der konfliktreichsten Themen der Uruguay-Runde sind landwirtschaftliche Produkte. Insbesondere über Getreide, Zucker, Milchprodukte und Fleisch gibt es schwere Auseinandersetzungen.

Die Vertreter einer uneingeschränkten Marktwirtschaftslehre sehen keine Rechtfertigung dafür, irgendwelche landwirtschaftlichen Produkte zu schützen. Sie sind insbesondere über die EG empört. Die EG hatte 1950 ihre Gemeinsame Agrarpolitik konkretisiert und durchgesetzt, die auf Preisgarantien für eine Anzahl wichtiger Produkte, Importzöllen zur Abwehr konkurrierender Produkte vom Weltmarkt sowie aus zahlreichen Strukturmassnahmen zur Effizienzsteigerung der Landwirtschaft in den Mitgliedsländern bestand. Als man in der EG noch keine nennenswerten Überschüsse produzierte, störte diese Politik die Agrarexporteure aus Übersee nur begrenzt, auch wenn es schon einmal einen «Hähnchenkrieg» gab. Die Rohrzuckerexporteure aus Übersee waren politisch zu schwach, um sich gegen die eigentlich nicht zu rechtfertigende Rübenzucker-Protektion der EG zu wehren.

Weltweite Empörung löste aber das Verhalten der EG aus, bei überquellenden Vorratslagern grosse Mengen von Getreide, Milchpulver oder Rindfleisch zu Schleuderpreisen oder als Geschenke auf dem Weltmarkt unterzubringen. Billigbutter wurde nach Russland verfrachtet, die dann unversehens wieder zu höheren Preisen auf dem Weltmarkt auftauchte; Getreide wurde nach Afrika gepumpt und verdrängte dort gebietsweise den ökologisch angepassten Hirseanbau, was wiederum das Vordringen der Wüsten begünstigte; und plötzlich tauchte in Brasilien europäisches Rindfleisch zum Preis von 1 DM pro Kilogramm auf und verdrängte die traditionellen argentinischen Anbieter vom Markt. Dieses handelspolitisch und ökologisch verheerende Gebaren der EG wurde zudem mit Multimilliarden von Steuergeldern finanziert. Auch ökologisch hatte die Gemeinsame Agrarpolitik in Europa gebietsweise verheerende Folgen. Dramatisch ansteigender Chemikalieneinsatz, Zerstörung der ökologisch angepassten, kleinfeldrigen bäuerlichen Anbauweise, grossflächige Landnahme durch die Landwirtschaft insbesondere in den neu der EG beigetretenen Ländern. Die Gemeinsame Agrarpolitik wurde bis etwa 1985 zur gemeinsamen Zielscheibe schärfster Kritik

seitens der auf den Freihandel schwörenden Ökonomie, der europäischen Finanzpolitiker und der Umweltpolitiker in Europa und darüber hinaus. In Punta del Este stand die EG wegen ihrer Agrarpolitik im Zentrum der Kritik. Die nicht minder protektionistische Textilpolitik sowie andere gegen die Freihandelsphilosophie verstossende Praktiken sind handelspolitisch vielleicht von nicht geringerem Gewicht, aber sie haben nicht in dieser Massivität das Ohr der Öffentlichkeit gefunden.

In dieser Lage ist es überaus **schwierig, Rechtfertigungen** für irgendwelche Formen der landwirtschaftlichen Schutzzollpolitik zu finden. Die skandinavischen Länder, die Alpenländer Schweiz und Österreich sowie Japan, die allesamt an dem Debakel der EG-Agrarpolitik keinerlei Schuld trifft, bemühen sich, eine Verteidigungslinie gegen das Freihandelsdogma von Punta del Este zum Schutz ihrer kleinbäuerlichen, teilweise noch subsistenzähnlichen Landwirtschaft aufzubauen. Für die Vertreter der Cairns-Gruppe ist diese Verteidigungslinie aber nicht akzeptabel, vor allem weil man befürchtet, dass sie als Rechtfertigung und Sprengsatz zugunsten einer Fortsetzung der unakzeptablen EG-Politik verwendet werden konnte. Diese Befürchtung ist insofern nicht weit hergeholt, als sich natürlich auch in den EG-Ländern kleinbäuerliche Kreise in Existenznot befinden und bei jeder Aufweichung der gegenwärtigen Protektionspolitik ein massives weiteres Bauernsterben befürchten. Und die zumeist von grösseren Agrarbetrieben politisch dominierte Agrarpolitik in der EG macht sich die Sorgen der Kleinbauern gerne zunutze, um die Protektionspolitik, die den Grossen finanziell viel grössere Vorteile bringt als den Kleinen, gegen den Ansturm der Freihandelsdogmatik zu schützen.

Worin besteht die **Rechtfertigung für den Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft**, zum Beispiel in der Schweiz oder Japan? Worin unterscheidet sich diese Rechtfertigung von dem zweifellos problematischen Verhalten der EG?

In den von Ertrag her marginalen, meistens gebirgigen Anbaugenden der Schweiz, Norwegens, Österreichs und Japans, geht es im wesentlichen darum, eine Kultur, eine Siedlungsstruktur und eine Selbstversorgungsmöglichkeit für den Notfall zu sichern. Der Notfall wurde darin bestehen, dass Agrarimporte zur Ernährung der Bevölkerung ausfallen und womöglich auch

die Versorgung mit externen Futtermitteln, Elektrizität, Chemikalien oder anderen die moderne Produktivität der Landwirtschaft ausmachende Faktoren. In so einem Notfall kann natürlich von Überschussproduktion schlechterdings nicht mehr geredet werden. Man kann auch nicht innerhalb von Wochen oder Monaten die Stadtbevölkerung in die landwirtschaftliche Produktion schicken, weil die Infrastruktur hierfür fehlt. **Die bei weitem beste Sicherung für solche Notfälle** ist die Existenz von einer hinreichenden Anzahl von Kleinbetrieben überall im Lande. Darüber hinaus sind solche häufig auf marginale Standorte spezialisierte Betriebe wichtig, um gefährdete ökologische Gleichgewichte aufrechtzuerhalten. Die Landwirtschaft ist dort ein Teil des Landschaftsschutzes. Aber mit den grossflächigen, ja industriellen Anbaumethoden der typischen Agrarexportländer kann eine solche Landwirtschaft wirtschaftlich nicht konkurrieren. Würden alle Grenzen geöffnet, so müssten die Bergbauern in Europa, Japan und anderen Ländern aufgeben. Es ist ebenso verständlich wie vernünftig, diese Betriebsformen zumindest in gewissem Umfange vor dem Untergang zu schützen.

Lerne

Lerne, statt zu reden, schweigen fällt es Dir auch noch so schwer ehe Dir die andern zeigen Deinen Rat braucht niemand mehr.

Lerne auf die Seite stehen eh' man Dich zur Seite schiebt! Gehe, eh' man ungebeten lächelnd Dir den Abschied gibt!

Lerne ohne Groll zu sehen andere an Deiner Stell! Ihre Zeit wird auch vergehen andre wieder folgen schnell.

Lern die grösste Kunst auf Erden schafft es Dir auch schwere Pein, lerne mit dem älter werden langsam wieder nichts zu sein.

Eingesandt von
Frau Glanzmann, Häusermoos
